

Umlauf

Doppelausgabe
12 Seiten

Auf den Seiten 9 bis 11: Entwurf der EntschlieÙung
der SED-Kreisdelegiertenkonferenz

Für die Wissenschaft, die dem Sozialismus dient!

UNIVERSITÄTSZEITUNG

ORGAN DER SED-PARTEILEITUNG



DER KARL-MARX-UNIVERSITÄT

LEIPZIG
5. 1. 1967
11. JG. 33 603
30 PFENNIG

112 - 51

Demokratie und Monopol- Autokratie im Bezirk der Wissenschaft

Der kürzlich erschienene Protokollband einer wissenschaftlichen Konferenz zum Thema „Staatsmonopolistischer Kapitalismus und Hochschulwesen in Westdeutschland“ weist einen interessanten Materialbeleg auf. Eine Vielzahl Namen und Tatsachen ergeben das Bild des Netzes, in das Wissenschaft und Hochschulen in Westdeutschland eingeschürt sind, durch das sie den Konzernen unmittelbar oder vermittelt staatlicher Gremien bzw. sogenannter „wissenschaftlicher Selbstverwaltungsorgane“ auf Geduld und Verdruss ausgeliefert sind. Von 31 Aufsichtsratsmitgliedern, Vorstandsmitgliedern und Direktoren allein der IG-Farben-Konzerne sind 13 in Organen des Stichterverbandes und von Stiftungen Mitglied, 15 in Organen der industriellen Gemeinschaftsforschung und wissenschaftlicher Gesellschaften, 4 in staatlichen Lenkungsorganen der Wissenschaft, 19 in Organen der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft und der Fraunhofergesellschaft; 12 wirken auch als Hochschullehrer. In der westdeutschen Atomkommission sind von 25 Mitgliedern 13 Monopolvertreter. In den leitenden Organen der Fraunhofergesellschaft, die die bei Rüstungsverträgen anfallenden Verwaltungsaufgaben übernimmt, sind einige der an der Rüstung besonders interessierten Monopole unmittelbar vertreten, so H. v. Siemens, H. Berg, Geschäftsführer der Wacker-Chemie GmbH (IG Farben), Siegfried Bolke vom gleichen Konzern sowie Vorstandsmitglieder und Generaldirektoren von Röding, Flick, Haniel, dem Salzstarkonzern und anderen. Im westdeutschen Wissenschaftsrat sichern Männer wie Carl Wurster, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Badischen Anilin- und Sodafabriken, und Heinrich Tröger, Vizepräsident der Bundesbank und Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Edelstahlwerke AG (Thyssen), neben mindestens 10 weiteren Monopolrepräsentanten eine den Beherrschern der Bundesrepublik genehme Steuerung der Wissenschaftsentwicklung.

Berthold Knauer stellt in seinem Referat auf der erwähnten Konferenz fest, das bemerkenswerteste Grundmerkmal der staatsmonopolistischen Beherrschung der Wissenschaft und der Hochschulen sei die Tatsache, daß, je stärker das jeweilige Leitungsorgan an tatsächlichen Entscheidungen beteiligt sei, der Einfluß der Monopole und ihres Staates zunimmt und der der Wissenschaftler abnimmt. Dieser Einfluß wird insbesondere mittels der Finanzierung der Wissenschaft ausgenutzt. Der Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, der ehemalige Altkanzler Bolke, gestand ein: „Auch die liberale Einstellung des Staates gegenüber der Freiheit von Forschung und Lehre kann an den materiellen Abhängigkeiten nichts ändern, mit denen zumal die Freiheit der Wissenschaft nochholter monopolisiert werden kann, als durch dirigistische Verwaltungsmaßnahmen.“ Hier tritt im Grunde genommen die prinzipielle Schranke jeglicher Form bürgerlicher Demokratie zutage: das Monopolinteresse. Unter den Bedingungen der staatsmonopolistischen Formierung gar verkümmert selbst die Reste demokratischer Mitspracherecht der Wissenschaftler. Charakteristisches Beispiel dafür sind die Empfehlungen des Wissenschaftsrates für eine Rationalisierung des Hochschulstudiums im Interesse der Monopole, die die entscheidenden Fragen einer herangereiften Hochschulreform umgehen, zu denen es keine gezielte Diskussion unter den Hochschullehrern und Studenten etwa mit dem Ziel der Abänderung oder auch nur Ergänzung gibt. Vielmehr wurden sie hinter verschlossenen Türen erlassen und sollen nun nach dem Willen der Repräsentanten des Monopolstaates schrittweise und unbesehen verwirklicht werden, um den Monopolen effektivste Forschungsmöglichkeiten und rasche Entwicklung von wissenschaftlich ausgebildeten Kadern zu sichern.

Wie derartige Erscheinungen das Gesetz des ständigen Abbaus von Demokratie zum Ausdruck bringen, das mit der Verschärfung der kapitalistischen Widersprüche und der staatsmonopolistischen Formierung einhergeht,



Foto: Rosenmüller (Einsparung zum UZ-Fotowettbewerb)

so entfaltet sich umgekehrt mit fortschreitender Verfallkommung des Sozialismus gesetzmäßig die wahre Herrschaft des Volkes, erweitert sich schrittweise die unmittelbare Teilnahme des einzelnen an der Bestimmung und Gestaltung der Geschichte der gesamten Gesellschaft. Gerade auf dem Gebiet des Hochschulwesens ist dieser Prozeß unübersehbar. Die Einheit von starrer zentraler Leitung durch die sozialistische Staatsführung und die Partei der Arbeiterklasse und die Einbeziehung einer ständig wachsenden Zahl von Wissenschaftlern und Studenten in die Beratung der perspektivischen und der Gegenwartsaufgaben im Wissenschafts- und Hochschulbereich kommt sinnfällig in der ausführlichen Diskussion des Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystem sowie der „Prinzipien der weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR“, von denen jetzt eine zweite, bereicherte Fassung vorliegt, zum Ausdruck. Ja sogar der Inhalt der auf die praktische Umsetzung der Hochschulprinzipien gerichteten Verordnungen wurde – ganz im Gegensatz zu der international allgemein üblichen Praxis, sie als ausschließliche Angelegenheit staatlicher Organe zu betrachten – einem größeren Kreis von Universitäts- und Hochschulangehörigen bekanntgemacht. Das geschah angesichts der Komplexität des Gegenstandes und der weittragenden Bedeutung dieser Schritte für die Weiterentwicklung

unseres Hochschulwesens. Schließlich eröffnen die Hochschulprinzipien selbst neue Wege für die ständige Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie: Die Verantwortung der Einzelleiter soll stärker mit kollektiver Beratung verbunden werden; das für die Funktion des Rektors und des Dekans bewährte Prinzip, die Person des Leiters nach einer bestimmten Amtsdauer zu wechseln, soll auch auf andere Leitungsebenen übertragen werden; den Leitern wird ausdrücklich die Aufgabe gestellt, Initiative und Schöpfergeist aller Mitarbeiter zu fördern und Voraussetzungen für das gleichberechtigte Zusammenwirken der Hochschullehrer in Ausbildung, Erziehung und Forschung zu schaffen; den gesellschaftlichen Organisationen wird eine höhere Verantwortung im Prozeß der Planung und Leitung der wissenschaftlichen Arbeit übertragen. In wenigen Tagen schließlich tritt als neue Institution, in der sich die Teilnahme der Wissenschaftler unserer Universität an der Beratung grundsätzlicher Probleme der Hochschulpolitik und der Entwicklung ihrer Hochschule realisiert, erstmalig das Konzil, die Vollversammlung der Hochschullehrer an der Karl-Marx-Universität zusammen, um die Erfolge bei der Verwirklichung des vom VI. Parteitag der SED beschlossenen Programms des Sozialismus zu bilanzieren und die Hochschulkonferenz im Februar dieses Jahres und den VII. Parteitag vorzubereiten.

Wenn Walter Ulbricht in seiner Neujahrsansprache hervorhebt, daß das Mitplanen und Mitregieren Bürger erfordert, die über alles Fortschrittliche gut informiert sind, die ihren Arbeiter-und-Bauern-Staat treu ergaben sind und selber an der Lösung von Aufgaben mitwirken, welche früher ausschließlich staatlichen Organen vorbehalten waren, und demnach die Verwirklichung des sozialistischen Bildungssystems ein wesentlicher und unentbehrlicher Bestandteil der sozialistischen Demokratie und die Voraussetzung zu echter persönlicher Freiheit ist, dann ist damit auf einen wesentlichen Grundzug auch der inhaltlichen Umgestaltungen im Hochschulwesen verwiesen, mit denen diese neuen Formen der Leitung und der demokratischen Mitwirkung korrespondieren. Die Vermehrung des Wissens und der Fähigkeiten aller Bürger und die Nutzung des Wissens und der Fähigkeiten aller Bürger liegen gleichermaßen im Wesen des Sozialismus begründet. Er wird vom Volk getragen und ist für das Volk da.

Günter Lippold
(Günter Lippold)

Gruß der Universitäts- Parteileitung zum neuen Jahr

Die SED-Parteileitung Karl-Marx-Universität grüßt alle Wissenschaftler, Studenten und Mitarbeiter zum Jahreswechsel und wünscht ihnen und ihren Angehörigen für das Jahr 1967, das Jahr des VII. Parteitages und des 50. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, alles Gute im persönlichen Leben, Gesundheit und Schaffenskraft.

Die UPL dankt allen Genossinnen und Genossen sowie den Kolleginnen und Kollegen für ihre Leistungen bei der Lösung der Aufgaben, die der Universität im Jahre 1966 gestellt waren.

Unternehmen wir auch in diesem bedeutungsvollen Jahr gemeinsame Anstrengungen zur Durchsetzung der „Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR“ an der Karl-Marx-Universität, um so mit noch größeren Ergebnissen unseren Beitrag zur allseitigen Stärkung und Festigung der Deutschen Demokratischen Republik, zum Wohle unserer sozialistischen Gesellschaft zu vollbringen.

Harry Pawula

Dr. Harry Pawula, Sekretär